

Konflikt eingreifen. NP will Töten und Zerstören verhindern, Menschenrechte schützen und soziale Gerechtigkeit fördern. Dafür will NP den Aktionsraum lokaler Gruppen erweitern und sie bei der Suche nach friedlichen Lösungen unterstützen.

NP entsendet Teams nur auf Anfrage von unabhängigen lokalen Friedensgruppen und erkundet die Lage und den Konflikt sorgfältig vor dem Einsatz. NP arbeitet eng mit den örtlichen Partnern zusammen und tritt immer unparteiisch auf. NP löst keine Konflikte, unterstützt aber aktiv die Menschen vor Ort, die für Frieden arbeiten.

■ Nonviolent Peaceforce wächst

Inzwischen gibt es fast 100 Mitgliedsorganisationen und auf allen Kontinenten Regionalbüros (in Afrika im Aufbau). Der Hauptsitz ist in Minneapolis/USA, das Europa-Büro befindet sich in Brüssel, es ist aber geplant, den Hauptsitz in ein Land im globalen Süden zu verlegen. Die NP finanziert sich durch private Spenden, staatliche Zuschüsse (nie-

mals aus der Konfliktregion) und durch Zuwendungen privater Stiftungen.

Auf dem Treffen der europäischen Mitgliedsorganisationen im April diesen Jahres in Cluj/Rumänien war es beeindruckend zu erfahren, wie viel Potenzial in der Zusammenarbeit steckt. Es waren bisherige und neue PartnerInnen aus Mittel-/Osteuropa eingeladen. Wir saßen zusammen mit jung und alt, mit neu gegründeten Organisationen und mit »alten Hasen«. Es gab Menschen, die unter unglaublich schwierigen Bedingungen arbeiten, wie z.B. eine kleine Organisation aus Tschetschenien, die eigentlich nur verdeckt arbeiten kann. Andere dagegen versuchen, aus langer Erfahrung heraus mit EU-Kommissionsvertretern über die zivilen Einsätze der EU zu diskutieren und die EU-Sicherheitspolitik zu beeinflussen.

Outi Arajärvi ist Koordinatorin der deutschen Arbeitsgruppe Nonviolent Peaceforce und Mitglied im Bund für Soziale Verteidigung.



Klaus Pfisterer

Jugendoffiziersbericht 2004

Die Jugendoffiziere der Bundeswehr haben im Jahr 2004 mit knapp 194.000 Teilnehmern wieder mehr Menschen ansprechen können als im Vorjahr (163.000). Das ist darauf zurückzuführen, dass im Berichtszeitraum nach mehreren Vakanzen wieder 93 von 94 Dienstposten für hauptamtliche Jugendoffiziere besetzt werden konnten. Mit über 156.000 erreichten Schülerinnen und Schülern lag der Schwerpunkt eindeutig im schulischen Bereich. Hier waren vor allem Vorträge und Diskussionen sowie Seminare und Tagungen gefragt, bei denen die Teilnehmerzahl gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen ist. Rückläufig waren die Zahlen bei Podiumsdiskussionen und Truppenbesuchen.

Die Jugendoffiziere stellten fest, dass Schülern und jungen Erwachsenen die Themenbereiche »Politik und internationale Sicherheit« und Bundeswehr als Instrument der Sicherheitsvorsorge, als zu komplex, abstrakt und schwer durchschaubar erscheint. Die Sinnhaftigkeit deutscher Streitkräfte und ihr weltweiter Einsatz werde nicht hinterfragt. Viele Jugendliche hätten zwar ein hohes Maß an Vertrauen in die Streitkräfte, es fände aber keine Identifikation mit der Bundeswehr statt. Der Wissensstand der Jugendlichen sei stark unterentwickelt und die Münchner Jugendoffiziere urteilen: »Insgesamt hegen wir starke Zweifel, ob nach der 10. Klasse abgehende Schüler in Bayern ihre

staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten wahrnehmen können, da ihnen häufig das dafür notwendige Grundlagenwissen fehlt«.

Wehrpflicht und Wehrgerechtigkeit waren die zentralen Themen der Jugendlichen in allen Schulformen. Persönliche Nützlichkeitsabwägungen sowie die vermeintlich freie Wahl zwischen Wehr- und Zivildienst sprächen gegen den Dienst bei der Bundeswehr. Für viele Jugendliche sei die Wehrpflicht bereits abgeschafft, Argumente für die Wehrpflicht seien ihnen kaum mehr geläufig. In der Berufsarmee sehen sie die professionellere und effektivere Wehrform. Für einen Teil der Jugendlichen ist die Bundeswehr als sicherer Arbeitsplatz von immer größerer Bedeutung. Vor allem in strukturschwächeren Regionen wird sie von Haupt- und Realschülern favorisiert.

Die Zusammenarbeit zwischen Schulbehörden und Jugendoffizieren wurde ausgeweitet. Auf den Homepages verschiedener Kultusministerien sowie Oberschulämtern werden die Angebote der Jugendoffiziere aufgeführt. In der Lehreraus- und Fortbildung sind die Jugendoffiziere in nahezu allen Bundesländern vertreten. Im Berichtsjahr haben sie 320 sicherheitspolitische Seminare und 378 interaktive Simulationen POL&IS für Pädagogen und Schüler durchgeführt. Die interaktive Simulation POL&IS ist nach wie vor das einzige Veranstaltungsangebot der Jugendoffiziere.

Fazit

Die Arbeit der Jugendoffiziere ist weiterhin sehr mühsam und stößt bei den SchülerInnen nicht auf fruchtbaren Boden. Seit Jahren beklagen sich die Jugendoffiziere darüber, dass sie mit ihren sicherheitspolitischen Themen die Jugendlichen oft nicht erreichen, was auch daran liegen mag, dass diese der Bundeswehr oft gleichgültig gegenüber stehen. Die Zahl der Truppenbesuche ist in den letzten Jahren insgesamt rückläufig und hat sich von 3.200 (im Jahr 2001) auf 1.600 (im Jahr 2004) halbiert. Die Gründe liegen auf der Hand: Weitere Bundeswehrstandorte wurden geschlossen. Die übrig gebliebenen Standorte sind durch die Auslandsensätze entweder überlastet, oder auf Grund fehlenden Großgeräts nicht attraktiv. Mit der Wehr-

pflicht haben die Jugendlichen im Großen und Ganzen abgeschlossen. Sie setzen auf die Freiwilligen- bzw. Berufsarmee – ohne eigene Beteiligung. Zu den Themenbereichen Kriegsdienstverweigerung und Friedensorganisationen äußern sich die Jugendoffiziere nur insoweit, dass viele Jugendliche hoffen, um den lästigen Dienst, auch den Zivildienst, herumzukommen. Es bliebe zu hoffen, dass die Schulen mehr Gebrauch davon machen würden, Vertreter von Friedensorganisationen in den Unterricht einzuladen, um den Unterricht attraktiver zu gestalten und damit den Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit zu geben, sicherheitspolitische Themen kontrovers zu diskutieren.

Klaus Pfisterer ist KDV-Rechtsbeistand und aktiv in der DFG-VK Baden-Württemberg.



Oberlandesgericht Koblenz

Aufruf zur Befehlsverweigerung ist nicht strafbar

Bestätigung des Freispruchs für Friedensaktivisten, die zur »Auflehnung« gegen die »nukleare Teilhabe« aufgerufen haben

Leitsatz (redaktionell): Die Aufforderung an Bundeswehrsoldaten, sich gegen die »nukleare Teilhabe« aufzulehnen und entsprechende Einsatzbefehle zu verweigern, ist eine zur Gewissensschärfung und Gewissensentscheidung. Eine solche ist rechtlich zulässig und fällt nicht unter den Begriff der nach § 111 StGB verbotenen öffentlichen Aufforderung zu Straftaten. Die Revision der Staatsanwaltschaft gegen das Urteil des Landgerichts Koblenz vom 29. März 2005 wird deshalb als unbegründet verworfen, es bleibt beim Freispruch der Angeklagten.

OLG Koblenz, Urteil vom 28.09.2005
Aktenzeichen: 1 Ss 215/05 (2010 Js 32620/04 7 Ns StA Koblenz)

Entscheidungsgründe: I. Das Amtsgericht Cochem verurteilte die Angeklagten wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten, den Angeklagten T. in zwei Fällen zu einer Gesamtgeldstrafe und die Angeklagte J. in einem Fall zu einer Freiheitsstrafe.

Auf ihre Berufungen hat die 7. kleine Strafkammer des Landgerichts die Angeklagten aus tatsächlichen Gründen freigesprochen. Gegen dieses Urteil richtet sich die Revision der Staatsanwaltschaft mit der Sachrüge.

II.1. Nach den Urteilsfeststellungen sind die Angeklagten – entschiedene Gegner von Atomwaffen und der Politik der atomaren Abschreckung – Mitglieder der Bewegung »Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen«, die sich das Verbot und die

Ächtung von Atomwaffen zum Ziel gesetzt hat. Seit Jahren ist das Fliegerhorstgelände Büchel eines ihrer Hauptziele, weil die Angeklagten davon überzeugt sind, dass auf dem Militärgelände einsatzfähige amerikanische Atomsprengköpfe gelagert werden.

Am 20. März 2004 verteilte der Angeklagte T. allein und am 8. Juni 2004 zusammen mit der Angeklagten J. Flugblätter vor dem Haupttor des Fliegerhorstes Büchel an dort stationierte Soldaten. Dieses Flugblatt, das von dem Angeklagten T. entworfen und hergestellt worden war, hat folgenden Wortlaut:

»Aufruf an alle Bundeswehrsoldaten des Jagdbombergeschwaders 33, Büchel

Verweigern Sie jegliche Beteiligung an der völker- und grundgesetzwidrigen Teilhabe!

»Das gemeinsame Bekenntnis der Bündnispartner zur Kriegsverhinderung, die glaubwürdige Demonstration von Bündnissolidarität und das nukleare Streitkräftepotential erfordern auch in Zukunft die deutsche Teilhabe an den kollektiven nuklearen Aufgaben. Dazu gehören die Stationierung von verbündeten Nuklearstreitkräften auf deutschem Boden, die Beteiligung an Planung, Konsultationen sowie die Bereitstellung von Trägern.« (Walter Kolbow, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, im Februar 2004 auf eine schriftliche Anfrage zum Thema »Atomwaffen in Deutschland«).

Auf ihrem Bundeswehrstützpunkt findet diese nukleare Teilhabe statt: